

Wirtschaftskrise: Konsumspritzen oder Investitionen?

Sind zig-Millionen-Spritzen an die Unternehmen wirklich geeignet, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen?

Kurzfassung: Bei den Unternehmen sind solche Finanzspritzen sehr beliebt, nur verschwinden die Gelder oft sozusagen in einem "schwarzen Loch". Es werden Partys organisiert (AIG), massenhaft neue Mitarbeiter angeworben und bestehende entlassen (UBS) usw. Würde dieses Geld nicht besser direkt an die Verbraucher gezahlt, nach dem Prinzip des Grundeinkommens, statt indirekt zwecks (zweifelhaftem) Erhalt von Arbeitsplätzen an notleidende Unternehmen entrichtet zu werden? Da nach dem Prinzip des Grundeinkommens das Wohlergehen der Bevölkerung und dasjenige der Unternehmen klar getrennt sind, ist die Drohung mit Arbeitsplatzverlusten wirkungslos. Man kann also ohne weiteres zulassen, dass Unternehmen, die offensichtlich nicht mehr wettbewerbsfähig sind, ausscheiden und so der Markt saniert wird. Es ist ja gerade die Präsenz am Markt von einer Serie (unerkannt) maroder Unternehmen, welche die Situation so sehr vergiftet.

„Hebt Löcher aus und füllt sie wieder auf“, so ungefähr lautete seinerzeit der Rat von John Maynard Keynes, eines angesehenen Makro-Ökonomen (1883-1946). Auch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind sich die Fachleute uneinig, ob es besser ist, den Unternehmen Staatsgelder für Investitionen bereit zu stellen, um indirekt Arbeitsplätze zu fördern oder den Konsum direkt mittels Zuschüssen an die Bürger (Sozialtransfers) anzuheizen. Letzteres setzt allerdings voraus, dass jeder Bürger, soweit er keinen Arbeitsplatz besitzt, in den Genuss eines angemessenen Grundeinkommens kommt.

Das soeben vom Präsidenten Obama unterzeichnete Finanzierungspaket von fast 800 Milliarden US\$, beinhaltet sowohl Beihilfen an die angeschlagene Automobilindustrie, als auch Sozialtransfers und Steuerermäßigungen für die Bürger. Vielleicht war man sich nicht schlüssig, welche Methode besser sei. Diese offensichtliche Unschlüssigkeit ist vielleicht auch die Ursache, dass die Börse, die hier ein ausgeprägtes Gefühl besitzt, nicht begeistert ist.

Sollen wir den Politikern glauben, die versichern, dass es sich wirklich darum handelt, den Menschen zu helfen und nicht irgendeinem Kapitalisten die Taschen zu füllen, so ist allenfalls die direkte Methode, sprich Sozialtransfers vorzuziehen. Da das Grundeinkommen keinen Unterschied macht zwischen Arm und Reich, ist diese Methode auch gerechter. Auch darf man sich wohl fragen, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, Unternehmen unter die Arme zu greifen, die ja in guten Zeiten auch nicht mehr an den Staat zahlen als die nackte Unternehmenssteuer. Sofern Bankkonten betroffen sind, so gibt es Versicherungen, die die Spareinlagen von Kunden in begrenzter Höhe absichern. Das sollte ausreichen. Um Spekulationsverluste abzudecken, sollte keine Bank Geld vom Staat beziehen.

Scheiden verlustbringende Unternehmen aus dem Markt aus, so können andere, effizientere Unternehmen, problemlos diese Marktlücke auffüllen und noch effizienter produzieren, zum Wohl des Verbrauchers. Gelernte Arbeitnehmer werden wahrscheinlich, vielleicht nach entsprechender Umschulung, neue Arbeitsplätze finden, ungelernete können zeitweilig oder ganz in den Genuss des

Grundeinkommens gelangen, während für Manager das schon problematischer ist. Aber auch in der Führungsebene sind gute Spitzenmanager gefragt. Fazit: Mit Grundeinkommen und den jetzt schon bestehenden Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose, müsste die Drohung seitens der Unternehmen mit Arbeitsplatzverlusten zwecks Erlangens von Staatsgeldern ins Leere verhallen.

Da bei einer so gravierenden Veränderung der Wirtschaftsbedingungen nicht völlig abzusehen ist, welche Konsequenzen sich hieraus ergeben könnten, ist auf jeden Fall ein Konjunkturrat damit zu beauftragen, die Entwicklung, insbesondere die Auslagerung von Produktionsprozessen in Länder, die sich nicht an die Spielregeln halten („rogue countries“, z.B. Kinderarbeit), zu beobachten und ggf. Vorschläge für Korrektivaktionen auszuarbeiten.

Ady FABER, Dipl.-Ing, MA Fin.Econ.